

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und die Buchhandlungen entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis 10 Pf. — Anschlag Nr. 53.

Redaktionspreis: Die Redaktionspreise für Anzeigen sind nach dem Umfang der Anzeigen zu berechnen. — Anzeigenpreis 10 Pf. — Anschlag Nr. 53.

Telegramme: Kegelblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 87

Mittwoch, den 15. April 1925

20. Jahrgang

### Briand französischer Ministerpräsident?

Kabinett der Mehrheit. — Beteiligung der Sozialisten.

Painlevé hat den Auftrag zur Kabinettsbildung abgelehnt mit der Begründung, daß seine Persönlichkeit nicht geeignet sei, eine Entspannung zwischen der Kammer und dem Senat herbeizuführen.

Darauf wurde Briand mit der Bildung des Kabinetts beauftragt.

Briand nahm sofort die Besprechungen mit den Führern der Parteien auf und setzte am nächsten Abend den Präsidenten der Republik davon in Kenntnis, daß er sich seine Antwort für nachmittags vorbehalten. Briand erklärte ausdrücklich, daß er diesen Auftrag nur durchzuführen könne, wenn es ihm ermöglicht werde, sich auf die Mehrheit zu stützen, die sich aus der Wahl vom 11. Mai ergeben habe.

Nachdem Briand Sonntagabend das Gespräch verlassen hatte, hat er sich zu Kammerpräsident Painlevé begeben, mit dem er wiederum eine längere Unterredung hatte, bei der die Abgeordneten Loucheur und Daniéle beizuwohnen. Briand erbat Bericht über die Verhandlungen, die er mit den Parteiführern der Kammer und des Senats im Laufe des Nachmittags geführt hatte und verlangte wiederum darauf, daß Painlevé das Mandat zur Regierungsbildung annehmen solle. Painlevé sei nach Lage der Dinge der geeignetste Politiker, der auf die Unterstützung der Sozialisten rechnen könne. Painlevé, der für diese Vertrauens- und Umgebung dankte, erklärte jedoch, er müsse bei seiner Weigerung bleiben. Auch die sozialistischen Abgeordneten Leon Blum, Boncour und Sarran haben Sonntagabend mit Painlevé verhandelt, namentlich über die Möglichkeit einer

#### Beteiligung der Sozialisten

an der Regierung. Auch sie haben dem „Journal“ zufolge erklärt, diese Frage würde sich leichter lösen lassen, wenn Painlevé an die Spitze träte. Dieser entwickelte jedoch nochmals die Gründe, die ihn im Augenblick zwingen, die Regierungsbildung nicht zu übernehmen, und sprach seinerseits die Überzeugung aus, daß Briand, wenn nicht die Mitarbeit, so doch die Unterstützung der sozialistischen Partei zugesichert werden müsse.

Briand soll nach einem Bericht der Agentur Havas den Mitgliedern der demokratischen Linken im Senat erklärt haben, die Frage der sozialistischen Beteiligung sei ernst. „Echo de Paris“ will sogar den Eindruck gewonnen haben, daß ohne deren Beteiligung Briand die Kabinettsbildung nicht durchführen werde. Alsdann müßten die Radikalen eine Entscheidung treffen, denen man offenbar, wenn die Sozialisten sich weigern, mit Briand zusammenzuarbeiten die ganze Verantwortung für die Lage aufhalsen wolle. Sollte Briand die Bildung des Ministeriums ablehnen und Painlevé bei seiner Weigerung beharren, dann, so nimmt das in der Opposition stehende Blatt an, wäre das Kartell der Linken erledigt.

Die Morgenblätter betonen, daß die finanzielle und wirtschaftliche Lage rasche Entschlüsse fordert. „Journal“ bemerkt, am 15. April sei ein Verfalltag, an dem

die Bedürfnisse des Handels und der Industrie befriedigt und außerdem etwa 400 Millionen Franken zur Zahlung der Beamtengehälter bereitgestellt werden müßten. Schon Finanzminister de Monzie habe sich mit diesem Verfalltag beschäftigt und dem Gouverneur der Banque de France das Versprechen gegeben, die Frage des Notenumlaufs bis dahin zu ordnen. Der Gouverneur habe sich geweigert, andernfalls die übliche Wochenbilanz am Donnerstag zu veröffentlichen und habe sogar mit seiner Demission gedroht.

Paris, 13. April. Briand verhandelte heute vormittag mit dem ehemaligen Finanzminister de Monzie, der ihm den Vorschlag machte zur Regelung des Notenumlaufs sofort ein

#### provisorisches Kabinett

zu bilden, dessen Aufgabe einzig und allein darin bestehen soll, das Gesetz betreffend die Erhöhung des Notenumlaufs von Kammer und Senat annehmen zu lassen. Nach dem dies geschehen, solle das provisorische Kabinett sofort wieder zurücktreten. Briand wird diesen Vorschlag heute nachmittags mit den Vorsitzenden und Berichterstattern der Finanzausschüsse von Kammer und Senat besprechen.

„Debut“ schreibt über die Lage, Briand habe sofort, nachdem ihm der Präsident der Republik die Kabinettsbildung angeboten habe, eine Haltung eingenommen, für die ihm alle Republikaner dankbar sein müßten. Es handle sich jetzt nicht darum, politische Kombinationen zu machen. Man müsse dem Lande unverzüglich die notwendige Regierung geben. Diese Regierung könne, wie Briand klar zum Ausdruck gebracht habe, nur eine Regierung sein, die sich ausschließlich auf die Mehrheit vom 11. Mai stütze, die also die vier Fraktionen des Kartells der Linken umfasse. Die Verantwortlichkeit könne nicht bestritten, sie müsse von allen getragen werden. Briand werde seine ganze Anstrengung darauf richten. Die Radikalen in der Kammer und im Senat hätten gestern geäußert, daß sie hinter Briand stehen, wenn er im Rahmen der linksstehenden Gruppen regieren wolle. Jetzt hätten die Sozialisten Stellung zu nehmen.

Paris, 13. April. Der Vorschlag des ehemaligen Finanzministers de Monzie vor dem 15. April den Gesetzentwurf über die Erhöhung des Notenumlaufs von 41 auf 45 Milliarden durch ein provisorisches Ministerium durchzuführen zu lassen hat offenbar nicht die Einwilligung Briands gefunden und stößt auch bei dem Berichterstatter des Finanzausschusses der Kammer Aurioi auf Widerstand. Dieser erklärte, er könne sich nicht denken, daß eine glatte Annahme des vom Monzieschen Sanierungsplan losgetrennten Gesetzentwurfes über die Erhöhung des Notenumlaufs erfolgen könne. Briand selbst hat Pressevertretern gesagt: Sie können schon jetzt mitteilen, daß alle Nachrichten, welche über die Zusammenfassung des künftigen Ministeriums veröffentlicht wurden, unrichtig sind. Nicht ein einziges Wortes ist vergeben, nicht einmal das Präsidium.

### Unterzeichnung eines deutsch-französischen Abkommens.

Heute ist im französischen Außenministerium ein deutsch-französisches Abkommen über die Einrichtung von Grenzbahnhöfen an der deutsch-französischen Grenze unterzeichnet worden. Ferner wurde ein Vertrag über die Festsetzung der Grenze zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich paraphiert, dessen formelle Unterzeichnung nach Fertigstellung gewisser technischer Arbeiten demnächst erfolgen wird. Deutscherseits wurde das Abkommen von dem Vizekonsul v. Grünau, französischerseits von dem Referenten im Außenministerium Brugère unterzeichnet, die beide von ihren Regierungen mit der Führung der Verhandlungen betraut waren.

### Kleine politische Meldungen.

Berlin, 14. April. Rechtsanwalt Dr. Alsbach hat für den früheren Reichspolizeiminister Hoffe einen eingehend begründeten Haftentlassungsantrag gestellt.

Peking, 13. April. Der Gouverneur von Hunan, Gutschingpi, ist gestorben. Er war ein führender Anhänger Fengguohuangs, in dessen Auftrage er Hunan angegriffen und erobert hatte.

Angora, 12. April. Einer der Führer der Aufständischen, der sich als Schah Abdullah bezeichnet und sich in der Gegend von Barto aus seiner schlimmen Lage hatte befreien können, ist mit einer Anzahl seiner Anhänger wieder in die Gänge getrieben worden.

### Hindenburgs Kandidatur die Rückkehr zum „Kaiserismus“.

London, 13. April. Nach einer Blättermeldung schreibt „New York Herald“, wenn Hindenburg gewählt werden sollte, würde man in den Vereinigten Staaten nur einen Schluß daraus ziehen können, nämlich, daß Deutschland seinen Versuch mit der Demokratie aufgegeben und zum „Kaiserismus“ zurückkehren wolle, daß es Rachepläne hege und bereit sei, seine Freunde in Amerika von sich zu stoßen und leichtes Herzens die Verluste, die eine solche Politik mit sich bringen würde, auf sich zu nehmen. — „Daily Mail“ schreibt in einem Leitartikel, die britische Öffentlichkeit werde gut tun, dem Wahlsiegeszug Hindenburgs besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Kandidatur habe die Unterstützung des „gefährlichen Brandstifters“ Tirpitz und der deutschnationalen Partei, die den Wunsch nach einem Revanchekrieg kaum verhehle.

#### Hindenburg wäre geradezu als Kandidat der Hohenzollern bezeichnet werden.

Das Blatt erklärt, wenn Deutschland wieder zu Frieden und Freundschaft mit seinen ehemaligen Feinden gelangen wolle, müsse es die Tatsachen anerkennen und sich klar machen, daß die Wiedererhebung der Hohenzollern und Junker ihm ein größeres Mißtrauen denn je eintragen würde.

„Sunday Times“ führt aus, es sei bedauerlich, daß in Hindenburgs Proklamator keinerlei direkte Bezugnahme auf die Republik enthalten sei. Der alte Krieger sei offenbar der Ansicht, daß es nicht länger nötig sei, seine royalistischen Sympathien zu verbergen, nicht einmal bei einer so kritischen Gelegenheit wie dieser.

„Observer“ schreibt: Die politische Weisheit und das politische Verantwortlichkeitsgefühl Deutschlands wird vor aller Welt durch eine Volksabstimmung auf die Probe gestellt werden, die ihresgleichen in der deutschen Geschichte nicht hat. Die Auffstellung Hindenburgs als Präsidentschaftskandidat ist die ernsteste Wendung in der deutschen Politik seit dem Waffenstillstand.

Die Wahl Hindenburgs würde die Wiederwahl der Hohenzollern und die Wiederaufnahme der Ideen bedeuten, die vor dem Kriege Deutschland beherrschten und die deutsche Politik diktierten. Die Wahl zwischen Hindenburg und Marx wird eine Wahl für oder gegen das demokratische System sein. Hindenburg ist lediglich das Instrument des Nationalismus. Er ist aber nicht wie Ludendorff ein eifriger Organisator reaktionärer Intrigen. Sein Impresario und Regisseur in dem ganzen monarchistischen Komplott ist Tirpitz, dessen Laufbahn eine lange Kette schlechter Dienste ist, die er seinem Lande geleistet hat. Tirpitz hat mehr als jede andere Einzelperson durch seine Marinepolitik zum Kriege beigetragen. Er hat Deutschland durch seine Marinepolitik zur Strecke gebracht. Der Tag, an dem Amerika in den Krieg eintritt, bildet den Höhepunkt seiner patriotischen Taten. Dieser vertrauenswürdigste deutsche Staatsmann ist es, der den besagten Hindenburg auf die Bühne stellt und den monarchistischen Wiederaufbau in Szene gesetzt hat. Das deutsche Volk wird sich zu entscheiden haben. Zum ersten Male wird die deutsche Demokratie wirklich auf die Probe gestellt werden. Wir wollen nicht von vornherein annehmen, daß diese Probe die geringschätzbare Ansicht, die die Nationalisten von der politischen Intelligenz ihrer Landsleute haben, bestätigen wird.

#### Hindenburgs Wahlaufruf.

An das deutsche Volk!

Waterländisch gesinnte Deutsche aus allen deutschen Gauen und Stämmen haben mir das höchste Amt im Reich angegetragen. Ich folge diesem Rufe nach erster Prüfung in Treue zum Vaterlande. Mein Leben ist klar vor aller Welt. Ich glaube, auch in schwerer Zeit meine Pflicht getan zu haben.

Wenn diese Pflicht mir nun gebietet, auf dem Boden der Verfassung ohne Ansehen der Partei, der Person, der Herkunft und des Berufsstandes als Reichspräsident zu wirken, so soll es an mir nicht fehlen.

Als Soldat habe ich immer die ganze Nation im Auge gehabt, nicht die Parteien. Sie sind in einem parlamentarisch regierten Staate notwendig, aber das Staatsoberhaupt muß über ihnen stehen, unabhängig von ihnen für jeden Deutschen waltend. Den Glauben an das deutsche Volk und an den Weltstand Gottes habe ich nie verloren. Ich bin aber nicht mehr jung genug, um an einen politischen Umschwung der Dinge zu glauben.

Kein Krieg, kein Zustand im Innern kann unsere gefesselte, leiber durch Antriebskraft zersplitterte Nation befreien. Es bedarf langer ruhiger, friedlicher Arbeit, es bedarf vor allem der Säuberung unseres Staatlebens von denen, die aus der Politik ein Geschäft gemacht haben. Ohne Keimlichkeit des öffentlichen Lebens und Ordnung kann kein Staatswesen gedeihen. Der Reichspräsident ist besonders dazu berufen, die Heiligkeit des Rechtes hochzuhalten.

Wie der erste Präsident auch als Hüter der Reichsverfassung seine Herkunft aus der sozialdemokratischen Arbeiterklasse nie verleugnet hat, so wird auch mir nie

### Stresemann gegen unmögliche Bindungen.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ veröffentlicht einen Artikel Dr. Stresemanns in dem er sich u. a. auch über die deutschen Sicherheitsangebote und über den Anschlag Osterrichts äußert. Es heißt darin: Es sieht fast so aus, als ob man die deutschen Garantienangebote mit unmöglichen Forderungen beantworten wollte. Man spricht von einer feierlichen Anerkennung unserer Ostgrenze, ja, man spricht sogar von einem Verzicht auf die Möglichkeit einer Vereinigung der beiden Bruderländer Deutschösterreich und Deutschland. Es ist klar, daß man für derartige Forderungen in Deutschland kein Verständnis haben kann. Was die Frage der Ostgrenze anlangt, so weiß die ganze Welt, daß wir die gegenwärtige Grenzlinie als einen ungerechten und unmöglichen Zustand ansehen. Auf eine feierliche Anerkennung dieses Zustandes können wir uns niemals einlassen. Was nun gar die Frage des österrösischen Anschlusses mit der Sicherheitsaktion zu tun haben soll, ist mir völlig unerfindlich. Das Hineinziehen dieser Frage macht wirklich den Eindruck, als ob man die Gelegenheit benutzen wollte, um uns eine Generalbeichte über die gesamte künftige deutsche Außenpolitik ablegen zu lassen. Ich brauche nicht hervorzuheben, daß keine deutsche Regierung sich auf Erklärungen einlassen kann, welche die durch den Verfall der Vertrag geschaffenen Bindungen noch verstärken oder auf einen Verzicht auf den Anschlußgedanken hinauslaufen würden.